

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/03/2009

über die öffentliche Sitzung am 04.02.2009,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 23:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

beratendes Mitglied

Herr Rafael Haase

Herr Dieter Heidenreich

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Monja Löwer

Herr Hartmut Möller

Herr Jörn Schade

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Uwe Grassau

stellvertretendes Bürgerl. Mitglied

Herr Rolf Griesenberg

nicht stimmberechtigt

Frau Karina Krasnicka

Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Wilhelm Thiele

bis 21:30 Uhr; TOP 7

Herr Stephan Schott

Herr Ingo Reuter

Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2009 vom 14.01.2009
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2009 vom 21.01.2009
5. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit über die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes (vgl. TOP 6)
6. 35. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sportpark Beimoor Süd" **2009/006**
7. Anfrage von Bündnis 90/ Die Grünen zum Ausbau des Heinz-Beusen-Stiegs **AN/0007/2009**
8. Haushalt 2009 - Budgets der Fachausschüsse **2008/175**
9. Situation des Gewerbestammgleises nach Errichtung des Bahnhalt punktes Ahrensburg - Gartenholz
10. Kenntnisnahmen
- 10.1. Lärmaktionsplan für die Stadt Ahrensburg
- 10.2. Gemeinsame Sitzung am 18.02.2009
- 10.3. Aufstellung eines Masterplans Verkehr (vgl. Vorlagen-Nr. 2009/008)
- 10.4. Methangasvorkommen
- 10.5. Aktionen "Freie Fahrt fürs Klima" am 21.06. und 20.09.2009
- 10.6. Behandlung von Bauanträgen und -voranfragen in kommunalen Gremien
11. Verschiedenes
- 11.1. Beleuchtung des Parkhauses Alte Meierei und Werbebanner
- 11.2. Behandlung der verkehrstechnischen Untersuchung zum AOK-Knoten

- 11.3. Beleuchtung im Buchenweg
- 11.4. Bericht über die Bereitstellung von Flächen für größere Veranstaltungen
- 11.5. Abstimmungsgespräch zur Aufstellung des Masterplanes Verkehr
- 11.6. Straßenunterhaltung im Bereich Klaus-Groth-Straße/westliche Kohschietstraße
- 11.7. Wildes Befestigen von Hinweisschildern an Bäumen im Starweg
- 11.8. Sachstand beim städtischen Bestreben nach einer Verlegung des Betriebes in der Straße Am Tiergarten
- 11.9. Ausbauprogramm Klaus-Groth-Straße zwischen Reeshoop und Große Straße
- 11.10. Aufstellen der Marmorskulptur vor dem Rathaus

1 Festsetzung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungswünsche zu der in der Einladung vom 22.01.2009 vorgeschlagenen Tagesordnung.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit kommt man im Laufe der Sitzung überein, sowohl den TOP 9 „Situation des Gewerbestammgleises nach Errichtung des Bahnhaltendes Ahrensburg - Gartenholz“ als auch den ursprünglich nicht öffentlich zu beratenden TOP 12 „Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch“ abzusetzen; insofern gibt es keinen nicht öffentlichen Sitzungs- bzw. Protokollteil.

2 Einwohnerfragestunde

Herr Rüssmann bezieht sich auf das Beratungsergebnis der Ausschusssitzung am 14.01.2009 über die Aktionsplanung Ahrensburgs zur EU-Umgebungslärmrichtlinie und speziell auf die Frage, ob die Trasse Kuhlenmoorweg aufgrund der Lage am Naturschutzgebiet von vornherein aus dem Fokus möglicher Lösungsansätze fällt. Beim Anliegen derartiger Kriterien verbliebe es bei der starken Nutzung der alternativlosen Straßenverbindung Brauner Hirsch und der Forderung, den AOK-Knoten hochleistungsfähig herzustellen.

Zu diesem Thema bemerkt später **Herr Elmers**, dass sowohl die Straßeneubautrassen Südring und Südtangente noch im geltenden Flächennutzungsplan dargestellt sind als auch seines Erachtens der Kuhlenmoorweg als schmale Pkw-Trasse umsetzbar erscheint.

Auf die Frage des **Herrn Kausch** nach der Situation im Bereich des nördlichen Rathausplatzes und der Klaus-Groth-Straße bestätigt die Verwaltung, dass die Baugenehmigungen für die verschiedenen privaten Maßnahmen erteilt seien und der Eigentümer auch angesichts des anstehenden Ausbaus der Klaus-Groth-Straße im Abschnitt Große Straße bis Reeshoop bestrebt sein dürfte, das Gesamtprojekt umzusetzen.

Herr Mächler merkt an, dass die von ihm erbetene deutliche Kennzeichnung der zu fällenden Bäume im Bereich des Baufeldes für das Peter-Rantzau-Haus erst vorgenommen worden ist, nachdem die Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 80 Teilgebiet A entsprechend des Beschlusses über die Vorlagen-Nr. 2008/172 bereits begonnen hatte. Auf Nachfrage stellt die Verwaltung klar, dass die Kennzeichnung lediglich ergänzend vorgenommen worden und damit nicht geeignet sei, die Dauer der öffentlichen Auslegung von einem Monat zu verlängern.

Auf Verständnisfragen wird klargestellt, dass die Busroute vorerst auf dem westlichen Innenstadtring verbleibt; verwiesen wird auch auf die am 17.12.2008 vorgestellten Überlegungen, wie die zentralen Haltestellen mit der Bezeichnung „Rathaus“ in der Manfred-Samusch-Straße ausgestaltet werden sollen.

Herr Knoll bezieht sich auf die Ankündigung, mit der Baumaßnahme in der Großen Straße im Mai 2009 zu beginnen und vertritt die Auffassung, dass der Ausführungsplan auf Basis einer qualifizierten Verkehrsplanung überprüft werden soll. Auf Nachfrage wird ihm die Möglichkeit eingeräumt, den Straßenausbauplan im Fachbereich IV/Bauen einzusehen.

Herr Elmers bezieht sich auf den allgemeinen Parkdruck in der Ahrensburger Innenstadt, der sich insbesondere konzentriert auf die ebenerdigen Parkplätze, deren Anzahl sich derzeit reduziert (Hamburger Straße 25/27 und 18/20). Er plädiert dafür, den Pavillon auf dem Rathausplatz abzureißen, die Parkplätze neu anzuordnen und die eventuellen Mehreinnahmen an Parkgebühren für die Anmietung anderweitiger Räume zugunsten der so genannte „Senfbude“ zu nutzen.

3 Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2009 vom 14.01.2009

Es wird darum gebeten, die Anwesenheitsliste wie folgt zu ändern:

- In Vertretung für Herrn Behrens war im Umweltausschuss der Stadtverordnete Heidenreich stimmberechtigt, während Frau Karen Schmick als weitere anwesende Stadtverordnete zu verzeichnen ist.
- Das Bürgerliche Mitglied Uwe Grassau war im Bau- und Planungsausschuss stimmberechtigt in Vertretung für den Stadtverordneten Dieter Heidenreich.

Ferner bittet der Ausschussvorsitzende die bereits im Rahmen der Protokollabstimmung vorgebrachte Ergänzung bei den Einwohnerfragen zu berücksichtigen, wonach die Verwaltungsleitung die Trasse des Kuhlmoorweges auf Nachfrage des Herrn Kausch als „tot“ beurteilt habe.

Man kommt überein, die Anwesenheitsliste entsprechend anzupassen, das Protokoll jedoch erst zu genehmigen nach Vorlage eines konkreten Formulierungsvorschlages.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des nochmaligen Hinweises wird vorgeschlagen, den 3. Absatz unter TOP 2 *Einwohnerfragen* (vgl. handschriftliche Seite 4 der Niederschrift) wie folgt zu ergänzen:

„Nach Einschätzung der Bürgermeisterin könnte das unmittelbar angrenzende Naturschutzgebiet „Stellmoor-Ahrensburger Tunneltal“ im Abwägungsprozess dazu führen, dass die Realisierbarkeit der Trasse Kuhlmoorweg stark belastet, wenn nicht gar von vornherein mit den Naturschutzbelangen als unvereinbar eingestuft werden muss.“

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2009 vom 21.01.2009

Bei den als anwesend aufgeführten Personen ist als weiterer Stadtverordneter Herr Rolf Griesenberg aufzunehmen.

Keine weiteren Änderungen. Das Protokoll gilt damit unter Berücksichtigung der Ergänzung als genehmigt.

5 Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit über die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes (vgl. TOP 6)

Man kommt überein, dass die Tagesordnungspunkte 5 und 6 im Zusammenhang gesehen werden, wobei nach dem Sachvortrag der Verwaltung dem Punkt 3 des Beschlussvorschlages in Vorlagen-Nr. 2009/006 zugestimmt und dementsprechend die öffentliche Bürgeranhörung durchgeführt wird.

Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung werden zwei Anregungen hervorgebracht:

- Dr. Manfred Hilla von der Anliegergemeinschaft Parkviertel verliest die als Anlage beigefügte Eingabe und erläutert diese.
- Herr Luchnick regt an, in die Sportanlage des Bereichs Beimoor-Süd einen Dirt-Park zum BMX-Radfahren zu integrieren, da die heutige Anlage nördlich des Stadtteils Gartenholz in absehbarer Zeit abgängig sein dürfte.

Während die erstgenannte Anregung bei der Beratung des TOP 6 thematisiert wird, nimmt der BPA den Wunsch der jüngeren Bevölkerung zur Kenntnis, den Dirt-Park zu gegebener Zeit planerisch zu ersetzen. Obwohl das konkrete Anliegen nicht Gegenstand eines Verfahrens zum Flächennutzungsplanes sein kann, wird empfohlen, der mündlich vorgebrachten Anregung ergänzend über die Interessenvertretungen (Stadtjugendring, Kinder- und Jugendbeirat) Nachdruck zu verleihen.

6 35. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sportpark Beimoor Süd" 2009/006

Nach dem Sachvortrag der Verwaltung und der Zustimmung des BPA zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages der Vorlagen-Nr. 2009/006 wird zunächst der TOP 5 behandelt und anschließend über das Thema wie folgt beraten:

Klargestellt wird von der Verwaltung, dass die gesamte Darstellung des Sportparkes als „Grünfläche“ dahingehend konkretisiert und rechtssicherer gemacht werden soll, indem die beiden Sondergebiete ausgewiesen und im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 82 weiter entwickelt werden. Am Rande der Beratungen bemerken Ausschussmitglieder, dass die Ruinen des abgebrannten Schützenhauses außerhalb des Geltungsbereiches für diesen Plan liegen, die Renaturierung dieses Geländes jedoch geplant ist und einhergeht mit dem Nachweis für ökologische Ausgleichsmaßnahmen.

In der anschließenden Beratung greifen Mitglieder des BPA insbesondere folgende beiden Aspekte auf:

— *Immissionsschutz:*

Es wird gebeten, den BPA-Mitgliedern die in der Begründung lediglich erwähnte lärmtechnische Untersuchung vom 07.10.2008 bekannt zu geben, anhand der etwa festgestellt werden kann, inwieweit die Topographie bei der Lärmprognose berücksichtigt worden ist und die Grenzwerte eingehalten werden können. Angesichts der Erfahrungen mit dem Jugendzentrum „42“, bei dem die Ergebnisse der lärmtechnischen Untersuchung mit der Realität bzw. Art der Nutzung nicht übereinstimmen, und in Anbetracht des allgemeinen Ziels, den gefühlten Lärm zu minimieren, kommt man überein, einen weiteren Gutachter einzuschalten, der die Ergebnisse der Untersuchung aufgrund der eingereichten Bedenken überprüft. Darüber hinaus sollen Vorschläge erarbeitet werden, durch welche angemessenen Maßnahmen sich die Immissionen unabhängig von bestehenden Grenzwerten weiter reduzieren lassen.

— *Konzeption für den Sportpark Beimoor-Süd:*

Auf Basis des Sportstättenentwicklungsplanes hat man ab 2005 ein Konzept für die Realisierung des Geländes Beimoor-Süd entworfen und verfeinert; die Pläne sollen dem BPA-Protokoll als Anlage beigelegt werden. Der BPA hält es für notwendig zu hinterfragen, ob die dort ausgewiesenen Sportanlagen hinsichtlich Art, Anzahl, Größe und Anordnung noch sinnvoll geplant sind; Gleiches gelte für den multifunktionalen Platz für Messen, größere Feste und Parken.

Nachdem klargestellt worden ist, dass die Sportstätten über die Stichwege von Norden aus erschlossen werden sollen, und unterschiedliche Auffassungen zur Bereitstellung einer gemeinsamen Infrastruktur (etwa Großkantine)

geäußert worden sind, kommt man überein, über folgenden um Punkt 5 ergänzten **Beschlussvorschlag** abzustimmen:

1. Die Anregungen der privaten Personen, die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahme der Behörden und die Stellungnahmen der Nachbar-gemeinden, die gemäß § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt wurden, werden - wie in der Anlage zur Vorlage näher erläutert - teilweise berücksichtigt/teilweise nicht berücksichtigt.
2. Der Entwurf der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet "Sport-park Beimoor Süd" begrenzt im Süden durch die Straße Ostring (L 224), im Osten durch die Straße "Kornkamp-Süd" und der dazugehörigen Begründung wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
4. Der Entwurf des Planes und der Begründung mit Anlagen sind nach § 4 a Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
5. Der vorstehende Beschluss erfolgt unter Berücksichtigung der Beratung mit der Maßgabe, dass
 - a) ergänzend eine lärmtechnische Untersuchung durchgeführt wird,
 - b) sich die städtischen Gremien kurzfristig mit dem Gesamtkonzept des Sportparkes Beimoor-Süd befassen,
 - c) der Entwurf des B-Planes Nr. 82 erst erneut ausgelegt wird, wenn das Verfahren zur 35. Änderung des Flächennutzungsplanes vorangeschritten und hinreichend konkretisiert worden ist.

Anmerkungen der Verwaltung:

- A) Wunschgemäß werden in Bezug auf den „Sportpark Ahrensburg“ diesem Protokoll beigefügt
 - als **Anlage 1** der Plan aus dem Jahr 2005, der auf Basis der Vorlagen-Nr. 2005/053 im Rahmen der „Vorstellungen zur Entwicklung der Sportplatzanlage Beimoor-Süd“ entworfen und verteilt wurde (vgl. Sitzung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss vom 19.05.2005) und
 - als **Anlage 2** der Plan aus dem Jahr 2007, der Grundlage war für die Vorlagen-Nr. 2007/084 und den Ende 2007 beschlossenen Grundstückstausch mit dem Schützenverein.
- B) Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren weder Stadtverordnete noch Bürgerliche Ausschussmitglieder von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen.

7 Anfrage von Bündnis 90/ Die Grünen zum Ausbau des AN/0007/2009 Heinz-Beusen-Stiegs

Die Verwaltung bezieht sich auf die Anfrage, die als Antrag Nr. 0007/2009 registriert und dem BPA-Protokoll Nr. 02/2009 auf den handschriftlichen Seiten 39 und 40 beigefügt ist, und erläutert anhand der mit diesem Protokoll abgedruckten beiden Anlagen die bereits vorab zur Verfügung gestellte Stellungnahme der Verwaltung.

Im Zuge der anschließenden Beratung werden folgende Einzelaspekte thematisiert:

- Unter der „Freimachung des Baufeldes“ sei ergänzend zum separat aufgeführten „Oberflächenaufbruch“ etwa die Beseitigung der Bäume einschließlich des Wurzelwerkes und ähnliches zu verstehen.
- Der geringe städtische Kostenanteil resultiert daraus, dass der Bund und die Bahn die übrigen beiden Drittel der Gesamtkosten für den eigentlichen Bau des Heinz-Beusen-Stieges tragen und das bei der Stadt Ahrensburg verbleibende Drittel darüber hinaus förderfähig ist.
- Von einer über die Widmung (öffentlich-rechtliche Sachherrschaft) des Heinz-Beusen-Stieges und die Eintragung von Baulasten hinausgehende Grundbuch-Absicherung der von diesem Straßenstück abgehenden Zufahrten wird abgesehen, zumal die Stadt die privatrechtlichen Verhandlung führen müsste.
- Anders als ursprünglich vorgesehen konnte der beschränkt ausgeschriebene Straßenbau nicht zeitlich parallel zur Errichtung des Parkhauses realisiert werden; trotzdem sei die Stadt in der Pflicht das betriebsfertige Parkhaus während des Straßenbaus, der in den nächsten Wochen beginnt, mit angemessenen Mitteln erschlossen zu halten.

Abschließend bittet der Antragsteller die Qualität von Vorlagen hinsichtlich des Aufbauprogramms von Straßen zu erhöhen und etwa der zum Ausbau der Moltkeallee anzupassen, um spätere kritische Nach- und Verständnisfragen von vornherein zu vermeiden. Zudem bittet er darum, dass das RPA dieses Straßenbauprojekt begleitet und im Rahmen der Ausführung die Baumassen überprüft.

Der BPA bezieht sich auf den Beratungsstand am 21.01.2009 (vgl. Protokoll Nr. 2/2009; TOP 7) und zieht ergänzend heran

- die 1. Änderungsliste des FD I.1 vom 22.01.2009 und
- den zusammengefassten Druck sämtlicher Änderungsanträge (22 Seiten mit blauem Vorblatt und 12 Schriftstücken).

Anschließend kommt es zu nachfolgenden Beratungen und Abstimmungen über Einzelprojekte:

1. Bei den **Erläuterungen zu den umfassenden Produktsachkonten** wird – wie aus dem BPA-Protokoll Nr. 2/2009 und dort aus Anlage 2 zu TOP 7 (handschriftlichen Seiten 26 bis 28) ersichtlich – verfahren und nach einvernehmlicher Meinung folgendes Verfahren gewählt:
 - a) Der BPA nimmt die Liste zur Kenntnis, wobei der Text in der letzten Spalte zu übernehmen ist in den doppelten Haushalt bei den „Bemerkungen/Investitionen“ zu den einzelnen Produkten.
 - b) Bei den Positionen
 - PSK 54100.5221000 wird hinsichtlich der 150.000 € für die Fahrbahndecken und
 - PSK 54100.7852000 wird hinsichtlich des Ansatzes für die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes

ergänzend vermerkt, dass vor Inanspruchnahme dieser Haushaltsmittel die geplanten Maßnahmen im Bau- und Planungsausschuss zu erläutern und die Mittel von diesem per Beschluss freizugeben sind.

2. **Antrag der CDU-Fraktion (A 001):**

*PSK 54100.7853000
Gemeindestraßen, sonstige Baumaßnahmen*

Erhöhung des Ansatzes um 80.000 € für die Erweiterung der Straßenbeleuchtung und konzeptionelle Umrüstung auf Energiesparlampen.

Nach kurzer Begründung und Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

3. **Antrag der CDU-Fraktion (A 001):**

PSK 54100.7852001

Gemeindestraßen, Hamburger Straße Nord

Vorziehen des gesamten Projektes um ein Kalenderjahr und insofern Bereitstellung von 30.000 € an Planungsmitteln im Jahr 2009.

Aufbauend auf den bisherigen Planungen für die Gestaltung des innerstädtischen Straßenraumes (Rahmenplan Innenstadt des Büros Schindel) soll die Erneuerung der Hamburger Straße im Abschnitt Rondeel bis AOK-Knoten planerisch so vorbereitet werden, dass die Stadt angesichts der hier geplanten Hochbaumaßnahmen auch diesen Teil der barocken Stadtanlage kurzfristig sanieren kann.

Dem gesamten Änderungsantrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

4. **Antrag der CDU-Fraktion (A 001):**

PSK 54100.7852002

Gemeindestraßen, Entlastungsstraße Nord, Gewerbegebiet Nord zur B 75

Bereitstellung von 100.000 € im Haushalt 2009 für die Aktualisierung der Planung.

Nachdem in Kürze die Ziele und grundsätzlichen Empfehlungen aus der Zukunftswerkstatt erörtert werden, sollte die Stadt bereits im Jahr 2009 Planungsmittel einstellen, um bei Bedarf die Planung aufgreifen, eventuell Anregungen einfließen zu lassen, und die ins Auge gefasste Linienführung planerisch hinterfragen zu können. Nachdem auf die Bürgerinitiativen mit ihren unterschiedlichen Interessenlagen, den Mitwirkungsbedarf der Gemeinde Delingsdorf und die aktuellen Konjunkturpakete/Förderprogramme hingewiesen worden ist, wird dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 dafür

2 dagegen

5. **Antrag der CDU-Fraktion (A 001):**

PSK 54110.785001

Entwicklung Beimoor-Süd, Anlage eines Mehrzweckplatzes

Ersatzlose Streichung der in den Haushaltsplan 2009 eingestellten Mittel von 540.000 €

Antrag der SPD-Fraktion (A 010) zu derselben Position:

Verschiebung der Mittel um ein Jahr in den Haushalt 2010.

Während die Ausschussmehrheit bemängelt, dass der für die gesamte Stadt geplante Mehrzweckplatz sowohl von der Art und dem Ausmaß her als auch hinsichtlich der angedachten Nutzung für Messen, größere Feste und Parkflächen eventuell nicht bedarfs- und zielgerecht sei, vertritt die SPD-Fraktion die Ansicht, dass der Mittelansatz zwar zeitnah im Jahr 2010 bereitgestellt, die Planungen der Gesamtanlage „Sportpark Beimoor-Süd“ jedoch vorgeschoben werden sollte.

Zunächst wird über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

**7 dafür
2 dagegen**

6. Antrag der CDU-Fraktion (A 001):

PSK 54600.7851001

Parkeinrichtungen, Sanierung der P+R-Anlage U-Bahnhof Ahrensburg-West

Einstellung von 200.000 € in den Haushaltsplan 2009 für die Sanierung und die Erhöhung der Stellplatzanzahl.

Erinnert wird vom Antragsteller an das bereits vor rd. 5 Jahren forcierte Projekt, das angesichts zu geringer Fördersummen zurückgestellt wurde. In der Diskussion wird deutlich, dass neben dem derzeit schlechten Zustand der Befestigung und der Neuordnung der Kfz-Parkplätze angesichts der knappen öffentlichen Flächen in dem Gebiet auch umfassende Überlegungen angestellt werden sollten, wie etwa zum Standort der Wertstoffbehälter, zum sicheren Abstellen von Fahrrädern und ob eine Video-Überwachung sinnvoll erscheint. Einigkeit besteht darin, eine Voruntersuchung durchzuführen, in der anhand der verschiedenen Prognosen über Fahrgäste der U 1 und über die Erreichbarkeit des U-Bahnhofes Ahrensburg-West zu Fuß, mit Fahrrad oder Linienbus der Parkplatzbedarf ermittelt wird. Ausschussmitglieder fordern parallel zu prüfen, ob und inwieweit die Anlage höhenmäßig so errichtet werden kann, dass das unbeplante Grundstück auf Grundlage des Einfügungstatbestands gemäß § 34 Abs. 1 BauGB – eventuell später – mit einer zweiten Parkebene versehen werden kann.

Man kommt überein, trotz des offensichtlich höheren Mittelbedarfs für dieses Projekt zunächst nur pauschal 200.000 € an Planungs- und Baukosten bereitzustellen, um im Laufe des Jahres 2009 sowohl die derzeit unberücksichtigt gebliebenen Zuwendungen als Einnahmen als auch die konkretisierte Investitionssumme als Ausgabe anzupassen.

Über den Antrag der CDU-Fraktion wird im Zusammenhang mit dem Beratungsergebnis abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

7. **Antrag der CDU-Fraktion (A 001):**

PSK 55100.7851009

Park- und Gartenanlagen, Freiraumplanung Stormarnplatz

Halbierung der Investitionssumme in den Jahren 2010 und 2011 von jeweils 250.000 € auf 125.000 €.

Und hierzu Antrag der FDP-Fraktion (A 006) zu derselben Position:

Sperrung der Planungsmittel von 20.000 € „bis geklärt ist, was die zukünftigen Nutzer vom Stadtpark erwarten“.

Auf die Beratung in der BPA-Sitzung am 21.01.2009 und die handschriftliche Seite 20 des Protokolls wird verwiesen.

Während einige Ausschussmitglieder betonen, dass die bisher vorgesehenen Planungen hochwertig wirken würden und man versuchen sollte, mit einem bescheideneren Geldbetrag eine eventuell „extensivere“ Lösung umzusetzen, verweisen andere und die Vertreterin des Kinder- und Jugendbeirates auf die Notwendigkeit, eine innenstadtwürdige Anlage als Kontrast zu den Kunstrasenplätzen und Metallgitterzäunen zu schaffen sowie hierbei die ökologische Versickerung von Oberflächenwasser einzuplanen.

Über den Antrag der CDU-Fraktion wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **5 dafür**
4 dagegen

Daraufhin erklärt der Vertreter der FDP-Fraktion, dass sich sein Antrag erübrigt habe und dieser zurückgezogen wird.

8. **Antrag der CDU-Fraktion (A 001):**

PSK 55110.7851008

Realisierungskonzept Grün, 2. Abschnitt Schlosspark Kernfläche

Verschiebung des gesamten Projektes um 2 Kalenderjahre und insofern Streichung der Planungsmittel in Höhe von 100.000 € in 2009.

Auf die Beratung in der BPA-Sitzung am 21.01.2009 und die handschriftlichen Seiten 21 bis 25 des Protokolls wird verwiesen.

In der Beratung werden unterschiedliche Auffassungen über die Priorität dieses Projektes aus dem „Realisierungskonzept Schlosspark, Aue, Innenstadt“ deutlich. Die Verwaltung wird gebeten zu klären, ob durch die beantragte zeitliche Streckung die Förderung grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Thematisiert werden die Mängel, die anlässlich des Sohlgleitenbaus abgelassenen Wassers bekannt geworden sind und sowohl die Verschlammung des Schlossgrabens als auch die Schäden an den Uferbefestigungen betreffen. Hier gelte es, unverzüglich tätig zu werden, wobei zunächst die Zuständigkeiten des Gewässerpflegeverbandes Ammersbek-Hunnau und der Grundstückseigentümerin (Stiftung Schloss) zu klären sind sowie zu prüfen ist, ob dieses Projekt über einen Fond der EU gefördert wird.

Letztlich wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **5 dafür**
2 dagegen
2 Enthaltungen

9. **Antrag der FDP-Fraktion (A 006):**

PSK 54700.783100
ÖPNV, Aufstellung von Fahrgastunterständen

Einstellung von Mitteln von 24.000 € für die Aufstellung von Wartehäuschen an Bushaltestellen.

Auf die Beschaffung und Aufstellung eines Fahrgastunterstandes (FGU) an der Haltestelle Schloss in Richtung Ahrensburg sei verwiesen; hierüber hatte der BPA in seiner Sitzung am 17.12.2008 beraten (vgl. Protokoll-Nr. 21/2008; TOP 9.4), wobei die Wartungskosten von jährlich rd. 850 € über PSK 54100.5241030 abzuwickeln sind.

Des Weiteren wird verwiesen auf die Haushaltsberatung des BPA am 21.01.2009 (vgl. handschriftliche Seite 17 des Protokolls), wonach für die Beschaffung zweier generalüberholter und werbefreier FGU lediglich die pauschale Summe von 12.000 € benötigt wird.

Dem entsprechend angepassten Antrag auf Einstellung von Mitteln in Höhe von insgesamt 12.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

10. **Antrag der CDU-Fraktion (A 001):**

PSK 54100.7852008
Gemeindestraßen, Hagener Allee, Starweg bis Forsthof Hagen

Vorziehen des Gesamtprojektes um 1 Jahr einschließlich Bereitstellung von Planungsmitteln in Höhe von 30.000 € im Haushalt 2009.

Antrag der FDP-Fraktion (A 006):

PSK 54100.7852008

Gemeindestraßen, Hagener Allee, Forsthof Hagen bis Spechtweg

Antrag auf Umwidmung bzw. Änderung der PSK-Bezeichnung mit der Folge, dass dem Ausbau des längeren Straßenstücks Priorität eingeräumt wird.

Auf die Vorberatung in der BPA-Sitzung am 21.01.2009 (vgl. handschriftliche Seiten 17 und 18 des Protokolls) wird verwiesen.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch über den Ausbaubedarf in den betroffenen Straßenabschnitten, der im nördlichen Teil hauptsächlich in den mangelhaften Radwegen und im südlichen Teil in der maroden Fahrbahn zu sehen ist, und dem Hinweis, dass der gesamte Straßenzug als Schulweg genutzt wird, kommt der BPA überein, die Bezeichnung des PSK so zu ändern, dass beide Abschnitte hierüber realisiert werden können und die Planung den gesamten zu sanierenden Straßenzug umfasst, wobei die Haushaltsmittel wie folgt bereitgestellt werden:

An Planungs- und Baukosten für die Erneuerung der Hagener Allee im Abschnitt Starweg bis Spechtweg

—	im Haushaltsjahr 2009	30.000 €
—	im Haushaltsjahr 2010	500.000 €
—	im Haushaltsjahr 2011	800.000 €

Über diesen zusammengefassten Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 dafür

2 Enthaltungen

11. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (A 009):**

PSK 54100.785200

Gemeindestraßen, Auszahlungen aus Tiefbaumaßnahmen, Teilbereich Radverkehrskonzept

Im Jahr 2009 Erhöhung des Ansatzes für das Radverkehrskonzept von 50.000 € um 150.000 € auf 200.000 €, dementsprechend Erhöhung des PSK von 80.000 € auf 230.000 €.

Wie der Antragsteller erläutert und die Ausschussmitglieder zustimmen, ist auf Basis der Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt und im Rahmen der Neuaufstellung des Generalverkehrsplanes bzw. Ver-

kehrsentwicklungsplanes ein Schwerpunkt zu setzen auf die Planung und Realisierung eines Konzeptes zum Bau und Ausbau von Radweggerouten in und durch Ahrensburg. Es soll auch versucht werden, hierfür Fördermittel zu erhalten.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

12. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (A 009):**

PSK 54700.5431010

ÖPNV, spezielle Geschäftsaufwendungen

Antrag auf Einstellung von 50.000 € für die Erstellung einer Konzeptstudie „Stadtbussystem Ahrensburg“.

Antrag der SPD-Fraktion (A 012) zu derselben Position:

Antrag auf Einstellung von 80.000 € für die Erarbeitung eines Konzeptes für ein Stadtbussystem einschließlich eines Projektplanes und Umsetzungskonzeptes.

Man kommt überein, über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen, wobei als Ziel genannt wird, rechtzeitig vor Ende der Vertragslaufzeit zwischen dem Kreis und dem Verkehrsunternehmen über die Bedienung des Busnetzes OD 1 (Teilnetz Ahrensburg) im Dezember 2013 ein umsetzungsfähiges Stadtbuskonzept zu erarbeiten.

Über den Antrag der SPD-Fraktion wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

13. **Antrag der SPD-Fraktion (A 010):**

PSK 54110.7853002

Entwicklung Beimoor-Süd, Planungskosten Sportpark

Neueinstellung von 80.000 € im Haushalt 2009.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag, nimmt Bezug auf die heutige Beratung unter den Tagesordnungspunkten 5 und 6 und betont hierzu, dass die Pläne über den „Sportpark Ahrensburg“ mit den Planungsmitteln so vorangetrieben werden müssten, um zum Jahreswechsel gegebenenfalls sowohl den Mehrzweckplatz als auch die Sportanlage ausschreiben zu können. Erinnert wird daran, dass der Rasenplatz auf dem Stormarnplatz spätestens im Frühjahr 2010 durch den Bau des Peter-Rantzau-Hauses entfallen dürfte.

Über den Antrag auf Einstellung der Planungsmittel wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **3 dafür**
5 dagegen
1 Enthaltung

14. **Antrag der SPD-Fraktion (A 011):**

PSK 54700
ÖPNV, Industriestammgleis, Instandsetzung

Neueinstellung von Mitteln für die Instandsetzung des Industriestammgleises ins Gewerbegebiet Nord in Höhe von 80.000 €.

Wie die Vertreter der antragstellenden Fraktion bemerken, sollte die Option aufrechterhalten werden, das Industriestammgleis bei Bedarf kurzfristig wieder in Betrieb nehmen zu können. Wegen des maroden Zustandes der Gleisanlage und des konkreten Bedarfs in einem Teilabschnitt auf Höhe des Bahnhaltepunktes Ahrensburg-Gartenholz die Anlage komplett zu erneuern, soll ein pauschaler Mittelansatz bereitgestellt werden. Man kommt überein, diesen zunächst auf 40.000 € zu begrenzen.

Über den modifizierten Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

15. **Antrag der SPD-Fraktion (vgl. Anlage 1 zu diesem Protokollteil):**

PSK 51100.5431011
Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, spezielle Geschäftsaufwendungen für Bauleitplanung, hier: Erlenhof

Der Antragsteller bezieht sich auf den nicht öffentlichen Teil der Finanzausschusssitzung am 27.01.2009 und beantragt daher für den Einstieg in die Bauleitplanung für das teilweise im städtischen Eigentum befindliche Erlenhof-Gelände einen Planungsansatz in Höhe von pauschal 50.000 €.

Andere Ausschussmitglieder bemerken, dass über die Vorlagen Nr. 2009/001 zunächst in den Fraktionen beraten werden sollte. Da es sich zunächst um Fragen der Rechtslage und der Buchhaltung handele und kein Planerfordernis erkennbar sei, wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt; die Abstimmung über den Antrag auf Einstellung der 50.000 € lautet wie folgt:

Abstimmungsergebnis: **2 dafür**
7 dagegen

16. **Anmerkung zum PSK 7852004:**

Gemeindestraßen, Erneuerung Moltkeallee

Wie ein Ausschussmitglied betont, müssten als Ausfluss aus dem Beratungsergebnis am 03.12.2008 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 19/2008; TOP 5 zu Vorlagen Nr. 2008/155) die Haushaltspositionen angepasst bzw. erhöht werden. Mit Hinweis auf § 4 Abs. 1 Ausbaubeitragssatzung, wonach von dem beitragsfähigen Aufwand bei Anliegerstraßen lediglich eine Fahrbahnbreite von 6 m umlagefähig ist, bedeutet das beschlossene Ausbauprogramm, dass bei konstanten Beitragseinnahmen die Investitionssumme erhöht werden muss. Darüber hinaus dürfte die Verbreiterung der Fahrbahn einhergehen mit einer massiven Einschränkung des Lebensraumes für die Straßenbäume, die infolge der Straßenbaumaßnahme offensichtlich ersetzt werden müssten. Die Grundsätze der Haushaltsklarheit und –wahrheit beachtend müsste ein realistischer um rd. 200.000 € erhöhter Haushaltsansatz gewählt werden.

Ein weiterer Erörterungsbedarf zu den Positionen des BPA-Budgets in der Änderungsliste des FD I.1 in Verbindung mit den Hinweisen aus der BPA-Sitzung am 21.01.2009 wird nicht gesehen. Unter Berücksichtigung dieser Anpassungen sowie der vorstehend beschlossenen Änderungen wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2008/175 wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

**7 dafür
2 dagegen**

9 Situation des Gewerbestammgleises nach Errichtung des Bahnhalt punktes Ahrensburg - Gartenholz

– *a b g e s e t z t* –

10 Kenntnisnahmen

10.1 Lärmaktionsplan für die Stadt Ahrensburg

Wie der BPA in seiner Sitzung am 17.12.2008 verdeutlicht hat, steht der TOP „EU-Umgebungsrichtlinie - Beschluss über die Maßnahmen und Ziele aus dem Lärmaktionsplan Ahrensburg 2008, Vorlagen-Nr. 2008/163“ trotz der nachgereichten Unterlagen erst zur weiteren Beratung an, wenn die Verkehrszählung und -auswertung im Rahmen der Neuaufstellung des Generalverkehrsplanes durchgeführt worden ist.

In Anbetracht dieses Verfahrensstandes haben Vertreter der Öffentlichkeit in der Lenkungsgruppe eine Stellungnahme gefertigt, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

10.2 Gemeinsame Sitzung am 18.02.2009

Die Verwaltung erinnert daran, dass es am 18.02.2009 zu einer gemeinsamen Sitzung des BPA, Haupt- und Umweltausschusses kommt in der Reithalle des Marstalls. Die Tagesordnung beschränkt sich auf die Ergebnisse und das weitere Vorgehen der Zukunftswerkstatt (vgl. Vorlagen-Nr. 2009/007).

10.3 Aufstellung eines Masterplans Verkehr (vgl. Vorlagen-Nr. 2009/008)

Auf Wunsch von Vertretern der Selbstverwaltung soll die Diskussion über die Zukunftswerkstatt am 18.02.2009 nicht belastet werden mit der Vorstellung und Aussprache über das Arbeitsprogramm zur Erhebung von Verkehrsdaten und zum Aufbau eines Verkehrsmodells; über die Vorlagen-Nr. 2009/008, die bereits am 05.02.2009 gedruckt und verteilt wird, kann insofern erst am 04.03.2009 beraten werden. Wie die Verwaltung mit Hinweis auf den Projekt-ablaufplan (vgl. Anlage 5 bzw. handschriftliche Seite 59 der Vorlagen-Nr. 2009/008) betont, muss die Beratung Anfang März abgeschlossen werden, um den Zeitplan für die Verkehrserhebung einhalten zu können. Insofern wird darum gebeten, etwaige Änderungswünsche bereits vorab der Verwaltung (FD IV.2) aufzugeben.

10.4 Methangasvorkommen

Die Verwaltung fügt dem Protokoll bei

- als Anlage 1 eine nicht abschließende Liste von Büros für Umweltgeologie, die bereit sind, Methangasmessungen durchzuführen und
- als Anlage 2 das Muster des Einladungsschreibens für die Informationsveranstaltung am 25.02.2009 ab 19:00 Uhr im Schulzentrum Am Heimgarten.

Wie der BPA betont, habe der Umweltausschuss bei diesem Thema die Federführung. Dieses gelte auch für die im BPA am 21.01.2009 aufgeworfene Frage, ob und in welcher Höhe Haushaltsmittel für weitere Untersuchungen bereitgestellt werden (vgl. Anlage 3 zu TOP 7; handschriftliche Seite 29 des BPA-Protokolls Nr. 02/2009).

10.5 Aktionen "Freie Fahrt fürs Klima" am 21.06. und 20.09.2009

Während die Freie und Hansestadt Hamburg im Jahr 2008 zum Auftakt der Aktion „Freie Fahrt fürs Klima“ 4 Autofreie Sonntage veranstaltete und im Rahmen dieser Aktion unter anderem die kostenlose Nutzung des HVV finanzierte, konzentriert sich die Hamburger Leitstelle Klimaschutz in diesem Jahr auf 2 Tage und bündelt die Aktivitäten:

Der erste von zwei Autofreien Sonntagen im Jahr 2009 wird anlässlich des bundesweiten Aktionstags „mobil-ohne-auto“ am 21. Juni 2009 zu dem Schwerpunktthema „klimafreundliche Mobilität & nachhaltige Verkehrsplanung“ stattfinden. Hierbei werden vor allem die nicht motorisierten Verkehre im Mittelpunkt stehen.

Angeregt wird eine Route der unter Federführung des ADFC organisierten Sternfahrt morgens in Ahrensburg starten zu lassen; des Weiteren könnten Rundtouren um und durch Ahrensburg angeboten werden. Darüber hinaus wäre denkbar, auch Sportvereine anzusprechen, um etwa durch Inline-Skate-Touren den öffentlichen Straßenraum zu nutzen.

Die zweite Veranstaltung findet im Übrigen im Rahmen der Europäischen Woche der Mobilität am 20.09.2009 statt; dann wird der Fokus gelegt auf das zukunftsfähige Auto und den ÖPNV. Der Termin könnte zusammenfallen mit einem verkaufsoffenen Sonntag und „Stormarn kocht auf“ in der Ahrensburger Innenstadt sowie mit dem traditionellen Pflanzenflohmarkt.

Für Anregungen aller Art oder das Einbringen der Selbstverwaltung ist Ansprechpartner Ulrich Kewersun vom FD IV.1 Bauverwaltung, Tel. 0 41 02 / 77-268.

10.6 Behandlung von Bauanträgen und -voranfragen in kommunalen Gremien

Dem Protokoll als Anlage beigefügt ist ein vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag zusammengestellte Auszug aus dem 30. Tätigkeitsbericht des Datenschutzzentrums, in dem nochmals klargestellt worden ist, dass sämtliche Bauanträge und -voranfragen nur dann öffentlich behandelt werden können, wenn die Einwilligung der Betroffenen vorliegt.

11 Verschiedenes

11.1 Beleuchtung des Parkhauses Alte Meierei und Werbebanner

Die Bauaufsicht wird gebeten einerseits zu prüfen, ob das neue Parkhaus auf dem Grundstück der Alten Meierei auch nach Inbetriebnahme nachts in der derzeit festzustellenden Intensität beleuchtet werden darf mit der Folge, dass sich die in der Nähe befindliche Wohnbevölkerung gestört fühlt, und andererseits rechtlich zu beurteilen, ob das Werbebanner an der Außenfassade des gegenüberliegenden Parkhauses Woldenhorn 20 geduldet werden muss.

11.2 Behandlung der verkehrstechnischen Untersuchung zum AOK-Knoten

Ausschussmitglieder kommen zurück auf die Beratung des TOP

Verkehrsuntersuchung zum Knoten Hamburger Straße/Woldenhorn/An der Reitbahn und Möglichkeiten zur Realisierung des Kreisverkehrsplatzes

- Vorstellung des Ergebnisses durch die Ingenieurgesellschaft für Verkehrswegen, Herrn Dr. Lothar Bondzio –

in der öffentlichen BPA-Sitzung am 05.11.2008. Damit die verkehrstechnische Untersuchung unter Beachtung der vom BPA beschlossenen Aspekte und der schriftlichen Fragen eines Einwohners zum Abschluss gebracht werden kann bzw. die nächsten Schritte in dem Gesamtkomplex in Angriff genommen werden können, ist vonseiten der Verwaltung geplant, das endgültige Untersuchungsergebnis in einer März-Sitzung des BPA vorzustellen.

11.3 Beleuchtung im Buchenweg

Auf Nachfrage bestätigen Sitzungsteilnehmer, dass die neue Straßenbeleuchtung auf der Ostseite des Buchenweges eine Ergänzung der bisher einseitigen Beleuchtungsanlage darstellt.

11.4 Bericht über die Bereitstellung von Flächen für größere Veranstaltungen

Angesichts der Baumaßnahmen im Straßenraum und auf den Freiflächen der Großen Straße zwischen Rathausstraße/Lohe und Bei der Doppeleiche/Woldenhorn bittet ein Ausschussmitglied zu berichten, auf welchen Flächen in diesem Jahr die Großveranstaltungen stattfinden sollen. Wie die Verwaltung hierzu berichtet, sei man zwar in Gesprächen mit den potentiellen Veranstaltern des Stadt- und Weinfestes, die Flächen seien von den Antragstellern auf Sondernutzung jedoch noch nicht konkretisiert worden. Sobald sich realisierbare Wünsche der Antragsteller abzeichnen, wird die Verwaltung hierüber im Ausschuss berichten.

Anmerkung der Verwaltung zur Durchführung des Stadtfestes 2009:

Aufgrund von Baumaßnahmen stehen für die Durchführung des Stadtfestes die genutzten Flächen der vergangenen Jahre nicht in vollem Umfang zur Verfügung. Die gesamte Große Straße einschließlich der Nebenflächen im Bereich Rathausstraße/Lohe bis Bei der Doppeleiche/Woldenhorn kann nicht genutzt werden. Dieses ist dem Veranstalter mit Schreiben vom 06.11.2008 aufgegeben worden. Am 10.12.2008 hat ein Gespräch mit der vom Veranstalter beauftragten Firma stattgefunden. Als Alternative wurde seitens des Veranstalters der Rathausplatz vorgeschlagen. Da der Wochenmarkt für sonntags von 07:30 Uhr bis 13:00 Uhr festgesetzt wurde, beinhaltet diese Festsetzung auch die Verpflichtung für den Fachdienst II.1 gegenüber den Ausstellern und Kunden, diesen Wochenmarkt abzuhalten, es sei denn, man findet einen anderen geeigneten Veranstaltungsort. Dieser ist jedoch nicht vorhanden.

Insofern scheidet der Rathausplatz als Ausweichfläche für das Stadtfest aus.

Als weiterer Standort wurde vonseiten des Veranstalters der Lindenhofparkplatz vorgeschlagen unter der Voraussetzung, dass die Stände in Verlängerung der Hagener Allee/Bahnhofstraße bis zur Einfahrt des Lindenhofparkplatzes angeordnet werden dürfen, um die Lücke zwischen dem Platz Hagener Allee und dem Lindenhofparkplatz zu schließen. Dieses ist nicht möglich, da die Einfahrt zum Heinz-Beusen-Stieg jederzeit gewährleistet sein muss (unter anderem Ein- und Ausfahrt zur Tiefgarage Hagener Allee).

Anzumerken bleibt, dass - bedingt durch die Baumaßnahme Hamburger Straße 23 (Neubau eines Ärztezentrum) - der hintere Teil der Hamburger Straße einschließlich des Sandparkplatzes nicht zu nutzen ist.

Diese Gesichtspunkte wurden dem Ahrensburger Stadtforum in einem Gespräch am 10.12.2008 und mit Schreiben vom 28.01.2009 mitgeteilt. Daraufhin hat der FD IV.1 noch keine Reaktion erhalten.

11.5 Abstimmungsgespräch zur Aufstellung des Masterplanes Verkehr

Wie von Ausschusmitgliedern angemerkt wird, fand am 02.02.2009 ein Abstimmungsgespräch statt mit den Straßenbaulastträgern, den Verantwortlichen für den ÖPNV und den Umlandgemeinden zur Aufstellung eines Masterplanes Verkehr für Ahrensburg 2009. Wie hierzu berichtet wird, handelte es sich nach Auskunft von Frau Pepper um ein Informationsgespräch auf Verwaltungsebene, an der ausschließlich Bürgermeister und Behördenvertreter teilnahmen. Eine Teilnahme von Ausschussvorsitzenden war von keiner Seite vorgesehen, dieses sollte auch für Ahrensburg gelten.

11.6 Straßenunterhaltung im Bereich Klaus-Groth-Straße/westliche Kohschießstraße

Ein Ausschusmitglied verweist auf größere Unebenheiten im Übergang vom nördlichen Abschnitt der westlichen Kohschießstraße zur Klaus-Groth-Straße; die Verwaltung sagt zu, die öffentliche Verkehrsfläche entsprechend zu unterhalten und etwaige Gefahren zu beseitigen.

Anmerkung der Verwaltung:

Obwohl keine akute Unfallgefahr von den Unebenheiten ausgeht, ist der Bauhof beauftragt worden, die betreffende öffentliche Fläche im Vorgriff auf den anstehenden Ausbau der Klaus-Groth-Straße zu unterhalten.

11.7 Wildes Befestigen von Hinweisschildern an Bäumen im Starweg

Wie ein Ausschusmitglied anmerkt, werden neuerdings von privaten Anwohnern Blech-Schilder mit textlichen oder bildlichen Hinweisen an die Bäume genagelt. Fälle hiervon sind in der Hagener Allee und im Starweg aufgetreten. Die Verwaltung wird gebeten, das Entfernen der Schilder einzufordern sowie etwaige Beschädigungen an den Bäumen festzustellen und den Verursachern in Rechnung zu stellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Eigentümer des betreffenden Grundstücks in der Hagener Allee wurden schriftlich aufgefordert, das Schild zu beseitigen.

Die beiden Schilder im Starweg wurden von den Stadtbetrieben/Bauhof entfernt, da diejenigen, die diese angebracht haben, kurzfristig nicht ermittelt werden konnten.

Der FD IV.2 wird sich die Bäume zwecks Beschädigungen ansehen.

11.8 Sachstand beim städtischen Bestreben nach einer Verlegung des Betriebes in der Straße Am Tiergarten

Wie ein Ausschussmitglied betont, plant der Betrieb am Standort Am Tiergarten eine Sanierung der Werkhallen mit der Folge, dass bei deren Realisierung die von der Stadt gewünschte Betriebsverlagerung betriebswirtschaftlich schwerer darzustellen ist. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass derzeit die Überlegungen zur anderweitigen baulichen Nutzung des heutigen Gewerbegrundstückes konkretisiert würden, die bauliche Ausnutzbarkeit jedoch geprägt sei vom 50 m breiten Gewässerschutzstreifen zur Aue. Die Verwaltung sagt zu, in einer der nächsten Sitzungen über den Stand des Verfahrens und der Gespräche mit dem Eigentümer zu informieren.

11.9 Ausbauprogramm Klaus-Groth-Straße zwischen Reeshoop und Große Straße

Sitzungsteilnehmer erinnern an die geplante Eröffnung des City-Center Ahrensburg, II. BA, und die Eilbedürftigkeit, den Ausbau des betreffenden Straßenabschnitts in der Klaus-Groth-Straße festzulegen und zu beschließen. Hierzu gehöre unter anderem, die Tiefgaragenausfahrt verkehrssicherer zu gestalten.

11.10 Aufstellen der Marmorskulptur vor dem Rathaus

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf die gemeinsame Sitzung mit Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss am 19.11.2008, in der auf Basis der Vorlagen-Nr. 2008/135 der Standort für die Aufstellung eines Kunstwerkes anlässlich der 20-jährigen Partnerschaft mit Esplugues beschlossen wurde. Wie angemerkt wird, ist für die Aufstellung der Marmorskulptur der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss bzw. der Fachbereich III federführend zuständig. Die Übergabe ist am letzten Wochenende des März 2009 vorgesehen.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer